

General-Anzeiger

Erfüllungsort Elbersfeld
für Aufnahme von
Anzeigen an bestimmten
Tagen und an vorge-
schriebenen Plätzen, für
teleph. Aufträge sowie
für Aufbewahrung von
Manuskript, wird fer-
ner Gewähr übernommen.

Die Geschäftsräume
sind tägl. geöffnet von
9½—6½ Uhr, Samstags
von 8—6 Uhr.

Bezugspreis für die
Woche vom 22. bis 28. Okt.
550 Millionen $\mathcal{L}$.
Erscheint wochentäglich.
Kleinanzeigen:
Grundzahl für 1 mm
Höhe (26 mm breit)
180 $\mathcal{L}$, fof. bezahlte priv.
Familienan., Stellen-
gesuche u. Belegensbeil.
anzeigen 60 $\mathcal{L}$.
Stellamen für 1 mm
(71 mm breit) 700 $\mathcal{L}$
x Schlüssel (12 000 000)

..... **Elberfeld**
 Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
 Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

für Elberfeld-Barmen

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt. — Bergische Nachrichten.)

..... **B a r m e n**
Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Neuerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

Keine Preisgabe des Rheinlandes.

Der Reichskanzler in Sagen. — Eine Abrechnung mit Frankreich. — Ein neues
Diktat wird abgelehnt. — Weitere Leistungen für das Rheinland. —
Wertbeständiges Geld der rheinischen Städte.

WTB. Hagen, 25. Okt. (Drahtb.) Der große Saal der neuen Stadthalle Hagens war bis auf den letzten Platz gefüllt, und Hunderte mußten umstehen, die gekommen waren, um, wie

Reichsminister Tollmann
erklärte, den Reichsjahresbericht der Reichsregierung entgegenzunehmen. Die Rede des Reichsministers werde, so bemerkte der Reichsminister des Innern, nicht nur für das deutsche Volk, sondern darüber hinaus für die ganze Welt bestimmt sein. Die Reichsregierung empfinde mit dem ganzen Volke die furchtbare Not des Augenblicks, aber trotz dieser Not dürfe das Volk und jeder einzelne nicht verzweifeln, sondern müsse sich mit aller Kraft zu neuer Arbeit und neuen Taten aufraffen. Die Schuld an dieser furchtlichen Not läge in ihrer ganzen Wucht auf Frankreichs Schultern, das sich als unverantwortlicher Reichtum zeige. Ein Volk, dem das Verhängnis gerade über seine reichsten Gebiete entgehen werde, könne sich nicht wieder erheben. Trotz dieser furchtbaren Not halte die

rheinische Bevölkerung
 treu zu Deutschland,

und kein anfänglicher Mensch habe mit dem Gesin-
 del etwas gemein, das sich jetzt als Separatisten
 der Herrschaft zu bemächtigen suche. Man könne
 die Rheinländer mit Waffengewalt niederknügen,
 aber man könne nichts an der geschichtlichen
 Tatsache ändern, daß das, was dort vor sich
 gebe, geschehe gegen den einmüthigen Willen des
 deutschen Volkes am Rhein. „Wir grüßen die
 Tapferen“, so fuhr der Redner fort, „die in Hun-
 ger und Noth für das Vaterland gekämpft haben
 und noch stehen, und ehren die Toten, die dort
 für das Vaterland gestorben sind.“ Der Minister
 versicherte, daß die Reichsregierung nicht
 daran denke, die Rheinlande preis-
 zugeben, und daß sie nach wie vor in den
 Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die besetzten Ge-
 biete unterstützen werde. Er gab zum Schluß der
 Hoffnung Ausdruck, daß das deutsche Volk durch
 all diese Noth des Augenblicks hindurch in Arbeit
 und Blüthenrisung sich den Weg zu einer besseren
 Zukunft frei machen werde.

Der Minister für die besetzten Gebiete, Fuchs, sprach den besetzten Gebieten den aufrichtigen und herzlichsten Dank der Reichsregierung für ihr mutvolles Ausharren bei der Bedrückung aus, der sie ausgeübt gewesen seien. Er, der als einer der ersten des Landes verwiesen worden sei, weil er es für seine Pflicht gehalten habe, dem Reiche und dem Vaterlande die Treue zu bewahren, kenne die seelischen und körperlichen Leiden, denen die Bevölkerung seit Jahr und Tag ausgeübt sei. Sein Dank sei heiß genug für das, was dort getan werde.

Mit stürmischem Beifall begrüßt, trat dann der Reichskanzler Dr. Stresemann

an das Hebernpult. Er führte aus, der Kampf an Rhein und Ruhr habe wohl jetzt den Höhepunkt erreicht, ein Kampf, der mit ungleichem Waffen geführt würde, wo unter dem Schutze französischer und belgischer Bajonette die Separatisten den Versuch machten, ihre Herrschaft aufzurichten und das Rheinland und andere deutsche Gebiete unter ihre Gewalt zu bringen. Wenn die Franzosen und Belgier nicht dahinter stünden, so würde die Bevölkerung, und zwar die ganze Bevölkerung des Rheinlandes, diesem Carnevalszug in 24 Stunden ein schnelles Ende bereiten. Und wenn diese französischen und belgischen Bajonette dabei helfen, so sei das ein Wortbruch schlimmster Art gegenüber feierlichen Versprechungen, die in verschiedenen internationalen Verträgen festgelegt worden seien. Der Reichskanzler sprach allen denen, die in vorbildlicher Einigung selbst unter dem Einsatz von Gut und Leben den ungleichen Kampf führten, seinen Dank aus, der gar nicht heiß genug sein könne. Allen Teilen der Bevölkerung gebühre dieser Dank, und nicht zuletzt der braven Schupo, die dort unter unerträglichen Quälen ihre Pflicht getan habe.

Aber was dort an Rhein und Ruhr geschehe, sei ja nur ein Auschnitt aus der großen deutschen Not. Geißer sei dies nicht die einzige Not dieser Stunde. Uns droht das Gespenst der immer größer werdenden Erwerbslosigkeit, der Preissteigerung und des Währungsverfalls. Die Schuld an diesem ganzen Unheil falle einzig und allein Frankreich zur Last, und die Mittel, die Frankreich anwende, seien gegen Gesetz, Vertrag und Recht und gegen die geschriebenen Verträge und das ungeschriebene Menschenrecht der Völker.

Was man auch über den passiven Widerstand sagen möge, eines habe er gegiebt, wie Millionen von Menschen, die unter ihm litten — denn die Leiden des passiven Widerstandes seien viel größer als die des aktiven Widerstandes — ihrem Vornamen die Treue wahren, einem Lande gegenüber, das arm und machtlos gewesen sei. Wenn

der passive Widerstand habe aufgegeben werden müssen, so sei das wahrlich nicht geschehen, um die Kunst Boinearés zu gewinnen, sondern, weil sich Deutschland an dem passiven Widerstand verblüdet hätte, und weil es notwendig gewesen sei, klare Verhältnisse in der internationalen Politik zu schaffen. Diese Klarheit sei für den, der sehen wolle, geschaffen worden. Der französische Ministerpräsident habe wiederholt erklärt, daß es nur der passive Widerstand sei, der ihn daran hindere, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten. Jetzt, wo alle Erdumwanden von der deutschen Regierung aufgegeben worden seien, behaupte er, der passive Widerstand dauere noch an, weil die Unterstüzungen bis zum 20. Oktober gezahlt worden seien und weil die Beamten ihre Gehälter weiter erhielten. Diese Zahlungen seien doch selbstverständliche Pflicht der deutschen Reichsregierung gewesen, die durch plötzliche Einstellungen dieser Zahlungen die Menschen nicht habe einmisch verhungern lassen dürfen. Wenn der französische Ministerpräsident jetzt verlange, daß erst einmal der Zustand an Rhein und Ruhr wiederhergestellt werden müsse, wie er vor dem 11. Januar bestanden habe, dann müsse man doch fragen, ob es damals am 11. Januar eine französische Eisenbahregie oder eine deutsche Reichsbahnerwaltung, ob es eine deutsche oder eine französische Verwaltung an Ruhr und Rhein gegeben habe. Er, der Reichskanzler, wiederhole, was er sehtig im Reichstag ausgesprochen habe: Uns ist das Land, uns ist der Besitz an diesen Eisenbahnen, und das wollen wir uns nicht rauben lassen. Niemals werden wir durch eine Unterschrift von unserer Seite diesen Raub zu einem legalen machen.“ Wie sei denn die Lage? Das Rheinland sei seit Jahr und Tag behandelt worden wie eine französische Militärkolonie, nur daß in einer solchen Kolonie vielleicht noch mehr Freiheit herrsche als an Rhein und Ruhr. Für das Rheinland besteshe das Rheinlandabkommen. Das sei wahrlich schon Eingriff in die deutsche Freiheit genug, aber es könne sich immerhin auf den Friedensvertrag stützen, wenn auch der Ruhrbund Vertrag für die Art, wie er zustande gekommen sei, kaum der richtige wäre. Sei denn überhaupt noch etwas von der deutschen Souveränität bei dem Vertrag übrig, der jetzt der deutschen Regierung zur bedingungslosen Annahme unterbreitet worden sei, daß sich die Regie an die Stelle der deutschen Reichseisenbahnen im besetzten Gebiete substituieren wolle und noch die Abtretung weiterer wichtiger Eisenbahnlinien, so Frankfurt, Darmstadt und der einzigen Linie nach Holland verlangt haben? Sei denn Deutschland ein Freiland für die französische Gewaltpolitik? Und nicht einmal verhandeln habe die deutsche Regierung über diesen Vorschlag können, sondern seine vorbehaltslose Annahme oder Ablehnung sei verlangt worden. Nun, die deutsche Regierung habe keine 24 Stunden zu der Ablehnung des Vorschlages gebraucht. (Stürmischer Beifall.) Einmal müsse, betonte der Reichskanzler mit Nachdruck, die Zeit vorüber sein, wo man glaube, daß man mit Deutschland nur auf dem Wege der Diktatur weiter sprechen könne. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Deutschland möge zu schwach sein, sich zu wehren. Man könne es vergewaltigen, aber man könne es nicht zwingen, seine Unterschrift unter diese Vergewaltigung zu setzen.

Der Reichskanzler erklärte weiterhin: mit allem Nachdruck, daß die Reichsregierung nicht im entferntesten daran denke, das besetzte Gebiet seinem Schicksal zu überlassen, und daß etwa in dieser Hinsicht bestehende Befürchtungen völlig unbegründet seien. Er legte im einzelnen dar, in welcher Weise die Reichsregierung unter Berücksichtigung der schwierigen Finanzlage des Reiches die finanziellen Leistungen für das besetzte Gebiet geregelt habe. Diese sollen auch weiterhin in den Grenzen der Leistungsmöglichkeit des Reiches fortgesetzt werden.

An die Darlegungen des Reichsländlers schloß sich eine mehrstündige Aussprache. Vor allem wurde dabei von Vertretern des besiegten Gebietes auf die mit der ungewissen Erwerbslosigkeit und der Lebensmittelmot für das besetzte Gebiet verbundenen Gefahren hingewiesen. Die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für das besetzte Gebiet wurde als besonders dringlich bezeichnet. Die Vertreter der Reichsregierung sagten indigste Hilfe zu. Ein vorläufiges wertbeständiges Zahlungsmittel werde nach Mitteilung des Vorstehenden der Städtevereinigung von den rheinischen Städten mit Genehmigung der Reichsregierung geschaffen werden. Es wurde mitgeteilt, daß die Parteien des besetzten Gebietes zur Sicherung einer flughändigen engen Fühlungnahme untereinander und mit der Reichsregierung und zur Mitwirkung bei den notwendigen Verhandlungen auf wirtschaftlichem Gebiet einen Ausschuss von fünfzehn Personen bereits eingesetzt hätten.

Um Amerikas Mitarbeit.

Britische Anfrage wegen Beteiligung an einer Reparations-Konferenz. — Falls nicht alle Interessenten der Einladung folgen, will sich Amerika die Entscheidung vorbehalten. — **Inoffizielle Teilnahme an der ständigen Reparations-Kommission.**

WTB London, 25. Okt. (Drahtb.) Folgender Schriftwechsel ist heute abend vom britischen Auswärtigen Amt veröffentlicht worden. Telegramm Curzons an den britischen Geschäftsträger in Washington vom 12. Oktober 1923:

Die Information, die Amerika erreicht, wird die amerikanische Regierung bekannt gemacht haben mit der äußerst kritischen Lage, die in Europa entstanden ist in Folge des Negerfolges, irgendeine Lösung für das Reparationsproblem zu finden. Die Regierung Seiner Majestät hat während der letzten neun Monate eine Reihe von Vorschlägen an ihre Verbündeten zur Begewegung dieser Schwierigkeiten gemacht, von denen keiner so glücklich gewesen ist, ein Maß der Annahme zu finden, das genügt, um eine gemeinsame Aktion zustande zu bringen, und doch scheint ohne eine derartige Aktion nicht nur Deutschland, sondern auch Europa in eine wirtschaftliche Katastrophe zu treiben.

Unter diesen Umständen hat die britische Regierung seit langem den Glauben unterhalten, daß die **Mitwirkung der amerikanischen Regierung** eine wesentliche Bedingung für jeden wirklichen Fortschritt zu einer Regelung ist. Amerika ist, infolge seiner Stellung und Geschichte mehr desinteressiert als jede der europäischen Mächte; zugleich ist es direkt und vital interessierter an der Lösung des europäischen Problems, wenn aus keinem anderen Grunde, so aus dem, weil darin die Frage der internationalen Schulden involviert ist. Als Staatssekretär Hughes im letzten Dezember seine Erklärung abgab, machten sowohl Großbritannien als auch Deutschland klar, daß sie den angebotenen Vorschlag warm begrüßen würden. Und so oft immer der Vorschlag neu belebt worden ist, hat er die herzlichste Billigung der britischen Regierung gefunden. Die französische Regierung hat jedoch bisher eine andere Ansicht vertreten.

Dieser Mangel an Einmütigkeit ist, soweit die britische Regierung sieht, der einzige Grund, weshalb auf den Vorschlag nicht weiter eingegangen wurde. Die britische Regierung war bereits damit beschäftigt, eine Anfrage an die amerikanische Regierung zu formulieren in bezug auf die Art, in der nach Ansicht der letzteren die vereinte Aktion, die das gemeinsame Erdbeben ist, am besten zustandegebracht werden kann, als sie in der Presse gestern morgen eine Erklärung las, die, wie berichtet wird, Präsident Coolidge abgegeben hat, daß die amerikanische Regierung bei ihrem Vorschlag vom letzten Dezember beharrt. Die britische Regierung begrüßt warm diese Erklärung und hofft, daß sie berechtigt ist, daraus abzuleiten, daß, wenn die europäischen Mächte sich zu einer derartigen Nachfrage zusammenschließen, Amerika die versprochene Mitwirkung leisten wird.

Wenn die britische Regierung die Erklärung des Präsidenten richtig ausgelegt hat und wenn sie darauf rechnen kann, daß einem solchen Verfahren eine ermutigende Aufnahme theilhaftig wird, so wird sie nicht zögern, um die unmittelbare Mitwirkung ihrer Verbündeten in Europa zu eruchen in einer Einladung an die amerikanische Regierung, bei der vorgeschlagenen Untersuchung mitzuwirken, indem sie einen Vertreter, sei es offiziell oder nichtoffiziell, zur Teilnahme daran abordnet. Wenn anderseits vorgeschlagen werden würde, eine derartige Untersuchung abzuweisen, obgleich vollständige Einmütigkeit zu diesem Zwecke nicht erreicht ist, könnten dann die britische Regierung und die Mehrheit der Verbündeten weiterhin von Amerika Mitwirkung erhoffen?

Wenn auf der anderen Seite vorgeschlagen würde, daß eine solche Untersuchung der Reparationskommission oder einer anderen Körperschaft, die von ihr ernannt wird, anvertraut würde, würde dann Amerika weiterhin willens sein, daran teilzunehmen? In dem festen Glauben, daß es die amerikanische Regierung in ihrer Macht hat, der Sicherheit und dem Frieden der Welt einen großen Dienst zu leisten, wünsche die britische Regierung, die im Namen des gesamten britischn Reiches spricht, wie es in der Reichskonferenz in London gegenwärtig versammelt ist, sich mit dem erneuten Vorschlag des Präsidenten zu assoziieren und wird froh sein, von der amerikanischen Regierung jede Anregung zu empfangen, die letztere in Beantwortung der Frage, welche ich unterbreite habe, geneigt ist, anzubieten.

In einem Telegramm des britischen Geschäftsträgers in Washington an Lord Curzon, datiert vom 16. Oktober 1923, heißt es:

Amerikanische Arbeit.
Der amerikanische Staatssekretär hat mir in Beantwortung der Mitteilung, welche ich ihm in Verfolg der in Ihrem Telegramm vom 12. Oktober enthaltenen Anweisungen gemacht habe, ein Memorandum überreicht. Folgendes ist der Text des Memorandums:

In Erwiderung der Mitteilung des britischen Geschäftsträgers vom 13. Oktober wünscht der Staatssekretär von neuem das tiefe Interesse

Der Vereinigten Staaten an der wirtschaftlichen Lage Europas und ihre Bereitschaft, zu helfen bei jedem praktischen Weg, um eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität zu fördern, auszudrücken. Man ist der Ansicht, daß die augenblicklichen Verhältnisse es dringend notwendig machen, daß ein geeigneter finanzieller Plan aufgestellt wird, um eine wirtschaftliche Katastrophe in Europa zu verhindern, deren Folgen die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen würden. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist dabei

vollkommen bereit, an einer wirtschaftlichen Konferenz teilzunehmen, an der alle an den deutschen Reparationen hauptsächlich interessierten europäischen Verbündeten teilnehmen würden, wozu Erwägung der Frage der Reparationsfähigkeit Deutschlands und einen geeigneten finanziellen Plan zur Sicherung derartiger Zahlungen zu machen.

Es wird jedoch für ratsam gehalten, folgende Punkte zu betonen:

1. In Bestätigung dessen, was vom Staatssekre-
tär in seiner Erklärung vom letzten December ge-
sagt wurde, auf die Sie Bezug nehmen, hat die
Regierung der Vereinigten Staaten ihr herzli-
ches Wunsch, Deutschland von seiner Ver-
antwortlichkeit für den Krieg oder für
gerechte Verpflichtungen befreit zu
sehen. Es dürfen ihr keine Gründe für den Ein-
druck bestehen, daß die Londoner Konferenz, wenn
sie einberufen würde, irgendein derartiges Ziel hat,
oder daß der Widerstand gegen die Erfüllung der
Verpflichtungen Deutschlands irgendwelche Unter-
stützung genießt. Es sollte klar sein, daß in der
Anstrengung, die in Aussicht genommenen Ziele
zu erreichen, die Zahlungsfähigkeit
Deutschlands und die fundamentale Bedin-
gung der Wiederherstellung Deutschlands, so-
wie eine Reparationszahlung un-
möglich sein wird, berücksichtigt werden müssen.

2. Eine derartige Konferenz sollte beraten über die Natur sein, nicht für den Zweck, Negierungen zu binden, die naturgemäß unwillens sein würden, sich im voraus auf Annahme zu verpflichten, sondern geeignete Anpassungen durch eine gründlich informierte und unparteiische Körperschaft zu sichern, die darauf aus ist, die wichtigsten schwebenden Probleme entsprechend ihrer Bedeutung zu lösen.

Zur internationalen Schuldenfrage sagt die Antwort u. a.: ES ist kaum nötig, hinzuzufügen, was so oft von der amerikanischen Regierung erklärt worden ist, daß während das amerikanische Volk eine Zerschlagung der Schulden der Verbündeten an die Vereinigten Staaten oder die Uebertragung der Last der beruflichen Verpflichtungen direkt oder indirekt auf das Volk der Vereinigten Staaten nicht begehrt, die amerikanische Regierung keine solche Wunsch hat, und daß es zu sehr im Interesse der amerikanischen Nation zu liegen scheint, daß die Vereinigten Staaten die Bedingungen der Bezahlung in voller Erwägung der Lage der verbündeten Schuldner zu treffen. Der Staatssekretär fügte hinzu, daß die Schaffung gelinder wirtschaftlicher Bedingungen in Europa eine einheitliche Herabsetzung der militärischen Ausgaben und die Rundgebung der europäischen Völker zum Zusammenarbeiten, um die Ziele des Friedens und der Gerechtigkeit zu erreichen, nicht verhindert würden, ihren entsprechenden Einfluß auf die amerikanischen Absichten und Ziele im Zusammenhange mit einer betragsmäßigen Regelung auszuüben.

In weiterer Erörterung auf die Theilnahme der britischen Regierung faun gesagt werden, daß die amerikanische Regierung nicht in der Lage ist, ein Mitglied in die Reparationskommission zu ernennen, insofern als eine derartige Ernennung nicht ohne Zustimmung des Kongresses erfolgen kann. Der Staatssekretär hat jedoch seiner Zweifel, daß ein kompetenter amerikanischer Bürger wißens zu würde, an einer wissenschaftlichen Untersuchung für die dargelegten Zwecke durch eine beratende Körperschaft teilzunehmen, die von der Reparationskommission ernannt wird, um Anempfehlungen zu machen, falls man nach weiterer Erörterung dieser Verhältnisse vorziehen würde. Mit Bezug auf die weitere Frage, ob die amerikanische Mitwirkung an einer Untersuchung für die in der Theilnahme der britischen Regierung dargelegten Zwecke erfolgt werden könnte, falls eine Einmütigkeit der europäischen Mächte nicht erzielt werden kann, wird geantwortet, daß der Plan einer derartigen Untersuchung beratender Natur, wie sie in Aussicht genommen ist, sich allen Mächten anempfehle, und daß die Frage, auf den Bezug genommen wurde, nicht entstehen wird. Obwohl sie aus Mangel an Einmütigkeit seitens der europäischen Mächte doch entstehen sollte, so muß die amerikanische Regierung ihre Entscheidung in Bezug auf ihre Aktion vorbehalten.

*

**Amerikanische Hilfe
für Deutsche Kinder.**

GA. Frankfurt, 26. CN. (Eig. Drabd.) W
Neupost wird der „Frankf. Zig.“ gefolgt: Bekannt
amerikanische Bürger, darunter der frühere Komman
dant in Noblen, General Allen, Kardinal Dougher
und Paul Warburg leisten eine neue Hilfsaktion
für die deutschen Kinder in Verbindung mit d
Häusern ein. Die Neupost: „Staatszeitung“ ab
sendete bis jetzt 100 000 Dollar. Andere Blätter foto
gr. mit diesem Vorbilde.

சென்னை மதுரை

1. Holstein, Niederlage für Eibersfeld, Dörmen u. Umgea.